

Nebrac Anzeiger

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wihl, Sauer in Kösteben.

№ 66

Donnerstag, den 2. Juni 1932.

45. Jahrgang

Der zweite Tag der Marinewache Zusammenstoß des Publikums mit der Polizei.

Wie am Vortage zog zum Gedenken der Slagerat-
schicht von Wobitz aus die Marinewache mit klingendem
Spiel auf, um die Wache für den Reichspräsidenten und das
Reichswehrministerium zu feiern. Sie wurde auf ihrem
ganzen Wege, der über den Platz der Republik, an der
Siegesallee vorbei, durch das Brandenburger Tor, die
Linden und die Wilhelmstraße und dann am Tiergarten
entlang zum Reichswehrministerium führt, von einer riesigen
beweglichen Menschenmenge begleitet, die immer wieder
in hoch- und heil-ruhm und in Ruf: „Deutschland er-
nache!“ ausbrach. Die Wilhelmstraße war schwarz von
Menschen.

Beim Tode der Wache hatte sich Reichspräsident von
Hindenburg, begleitet von seinem Sohn, Oberstleutnant von
Hindenburg, wie auch gefahren, auf die Freitreppe seines Pa-
lais begeben. Nachdem die Wache Auffstellung genommen
hatte, trat er an sie heran und begrüßte Mannschaften wie
Offiziere einzeln in kurzen Gesprächen, während die draußen
lebende Masse ihm unaufhörlich Begrüßungsrufen und
darbrachte.

In mehreren Stellen hatten die Polizeibeamten einen
schweren Stand. Eine ganze Anzahl von Rufen wurde
wegen verbotener Handlungen und wegen Widerstandes
an verschiedenen Stellen abgehört. Vor dem Brandenburger
Tor entstand für kurze Zeit eine Verkehrsstockung. In
der Bismarck- und Tiergartenstraße, also innerhalb der
Bannmeile, sah sich die Polizei gezwungen, die sie bedrängende
Menge durch Schreckschüsse zurückzuführen. An
dieser Stelle soll es auch zu Verhaftungen gekommen sein.

Entgegen umlaufenden Gerüchten, daß der Abgeordnete
Boobels unter den Rufen eine Rede an die Menge gehalten
habe, wird mitgeteilt, daß Dr. Boobels sich nicht in Berlin
befand, sondern nach Mecklenburg abgereist sei, um den
dortigen Wahlkampf zu leiten.

Die Polizei hat bei den Zusammenstößen die Brandenburger
Tor- und Tiergartenstraße von der Schußwaffe Gebrauch gemacht.

Die 20jährige Elisabeth Ralche aus der Netelbetschstraße
wurde durch einen Schullehrer schwer verletzt. Drei Polizei-
beamte wurden durch Steinwürfe leicht verwundet.

Amerika sagt Lausanne ab

Die Vorgeschichte zur Einberufung der Lausanner Kon-
ferenz gibt zur Kenntnis der Leser, welche Schritte
immer wieder schon bei den Formaten verfaßt haben, einer
offenen Ausprache und damit einer endgültigen Lösung
des Reparationsproblems entgegenzuwirken. Auch nach-
dem man schließlich so weit gekommen war, daß endlich ein
Termin für den Beginn der Reparationskonferenz in Lau-
sanne festgesetzt wurde, und auch nachdem bereits der eng-
lische Regierungschef MacDonald die offizielle Einladung zu
dieser Konferenz hat ergoßen lassen, ist immer wieder ver-
sucht worden, die Konferenz selbst zu sabotieren oder we-
nigstens zu föhren.

Wenn diese Versuche eine neue Verdrückung von Lau-
sanne zu erwirken, geseitert sind, dann nicht zuletzt an

dem energischen Auftreten Deustlands, das mit der An-
meldung der deutschen Forderungen die Gewissensfrage an die
verantwortlichen Männer der Welt immer wieder ver-
knüpfte, ob sie mit einer weiteren Verdrückung des Re-
parationsproblems die Verantwortung dafür übernehmen
wollen, daß die juchende Weltöffentlichkeit, sich zu grau-
enhafter Katastrophe entwickle.

Nun ist Brünning gestürzt und schon werden allenthal-
ben jenseits der deutschen Grenze Stimmen laut, die von
einer neuen Verdrückung der Konferenz willen wollen, die
ebenfalls eine solchen weiteren Verdrückung das Wort
reden. Satt in diesem Augenblicke kommt die offizielle Mit-
teilung aus Washington, die amerikanische Regierung habe
die Aufforderung MacDonalds, sich an der Lausanner Kon-
ferenz zu beteiligen, abgelehnt. MacDonald hat tagtäglich
mit dem amerikanischen Staatssekretär Stimson telefonisch
verhandelt und Schmitz hat seinen Ruf und dem Lausanner
Botschafter, bis Präsident Hoover jetzt mit der
Erklärung, Lausanne sei eine Angelegenheit für Deutsch-
land und deren Reparationsgläubiger, die Teilnahme Amerikas
endgültig abgelehnt hat.

Und in London hat ein Kabinettsrat nur feststellen kö-
nnen, daß die Entladung der Berliner Kräfte abgewendet
werden müsse, daß aber schon jetzt die Frage zu stellen sei,
ob es nicht klüger wäre, den Zeitpunkt der Konferenz zu
verschieben...

Die Schlacht bei Charbin

Große japanische Verdrückungen unterwegs.

London, 1. Juni.

Die neuesten Nachrichten aus der Mandchurie be-
stärken nur, daß bei Charbin eine große Schlacht sich ent-
wickelt hat, die nicht mehr als ein Kampf mit Luftschiffen an-
gesehen werden kann.

Der chinesische General Ma steht an der Spitze eines
regulären Freikorps, das den Aufstandskampf mit den
mandchurischen Regierungstruppen führt, und dem es be-
reits gelungen ist, die Stadt Charbin von der Umwelt völlig
abzuschneiden.

Nach hat General Ma allerdings einen Kampf mit den
japanischen Truppen, die bei Charbin konzentriert sind, ver-
meiden können, aber es scheint, daß die Japaner nunmehr
den chinesischen Freiheitskämpfern auch ihrerseits eine Schlacht
setzen wollen. Unaufrichtig rollen japanische Verdrückun-
gen, auch Zents und Bombengeschwader heran. Schon wird
von Tausenden von Verwundeten berichtet, aber die Kämpfe
sind noch in voller Entzündung.

Pläne für „Do. X“

Das Flugschiff als Wochenendfahrzeug.

Berlin, 1. Juni.

Der Konstrukteur des Flugschiffes „Do. X“, Dr. Dornier,
äußerte sich bei einer Pressebesprechung der „Do. X“ über
die Eigenschaften des ihm anvertrauten Großflugbootes, wo-
bei man auch näheres über die weiteren Pläne erfuhr.

Dr. Dornier äußerte seine Ansicht dahin, daß neben dem
Zeppelin nur Flugschiffe für den Ozeanverkehr in Betracht
kämen. Jedes Landflugzeug sei für diesen Zweck unbrauch-

bar. Die Geschwindigkeit der „Do. X“ werde noch gesteigert
werden, obwohl das Flugschiff schon jetzt 160 bis 200 Kilo-
meter in der Stunde zurücklegt. Im Gegensatz zu Sport-
und Jagdflugzeugen könne man bei der „Do. X“ noch erheb-
liche Verbesserungen machen, da das Großflugboot erst eine
zwei bis dreißigjährige Praxis anwiese. Der Aktionsradius
werde kaum verändert werden, da dieses nicht notwendig sei.
Aber durch andere Anbringung der Motoren, vielleicht in den
Tragflächen oder im Rumpf des Schiffes, werde man
Verbesserungen einbringen, womit eine noch größere Flug-
sicherheit und eine eventuelle Steigerung der Schnelligkeit
erzielt werden könnte. Alles in allem gehöre dem Seesflug-
zeug und nicht dem Landflugzeug der Ozeanverkehr. Dor-
nier und seine Werke arbeiteten weiter an der Verbesserung
des jetzt schon ziemlich vollkommenen Modells.

Weiter erfuhr man, daß nach Abschluß des Aufenthalts
der „Do. X“ in der Reichshauptstadt sich das Flugschiff nach
Traumünde bzw. Warnemünde begeben wird, von wo aus
Wochenendflüge nach den nördlichen Staaten, so nach Oslo,
Stockholm und Kopenhagen, sowie nach allen deutschen See-
bädern unternommen werden sollen.

Mittel für Wasserbauarbeiten

Am Südflügel des Mitteldeutschen Kanals.

Im Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung
sind Mittel für Wasserbau- und Aufstufungsarbeiten im
Mitteldeutschland eingeplant, durch die Arbeit in gewissem
Umfange geschaffen wird. Eine Anzahl Projekte der Reichs-
wasserbauverwaltung betreffen Aufstufungsarbeiten an
den S a t t e. Der Lauf der Saale bei Wittenberg,
der bei Zwickau die Form einer Eyra hat, soll reguliert
werden. Man denkt, diese Arbeiten an der Saale in einem
knappen halben Jahr durchzuführen. Etwa 200 bis 300 Er-
werbslose erhalten in dieser Zeit Beschäftigung. Es soll
möglichst noch im Juni damit begonnen werden, um die Ar-
beiten noch vor Eintritt des Winters zu beenden. Der Kosten-
aufwand wird nach dem Voranschlag etwa 600 000 Mark
betragen.

All diese Arbeiten sind für den künftigen Südflügel des
Mitteldeutschen Kanals von Bedeutung. Der Zustand soll nach
Beendigung der Arbeiten für 1000-Tonnen-Schiffe passier-
bar sein.

Das Ende einer Brandstiftung

Potsdam, 1. Juni.

Das Urteil des Potsdamer Schwurgerichts im Prozeß
gegen Streckler lautete in der Berufungsverhandlung wie-
derum auf ein Jahr Zuchthaus.

Der Staatsanwalt hatte wegen vorsätzlicher Brandstif-
tung in Tateinheit mit Verdrückungsbeihilfe die gefällige
Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus beantragt. Die
Untersuchungshilfe hat er anzurechnen und empfahl gleich-
zeitig den Geschworenen ein Gnadengesuch. Von der Be-
tragung weiterer Ehrenstrafen habe er Abstand genommen,
da Streckler keine Verdrückung habe.

Der Schriftsteller Streckler hatte im vergangenen Jahre
seine Villa in Klein-Mücheln bei Potsdam in Brand gesetzt.
In der ersten Schwurgerichtsverhandlung war Streckler zu
einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden. Das Reichsgericht
hatte das Urteil aufgehoben, weil Streckler beim letzten Wort
insolge eines Schwächeanfalls keine Ausführungen machen
konnte.

Abenteuer um Brigitte

Roman von Marlies Sonnborn
Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

„Geschicht ihnen recht! Ueberlasse mir den Scheck!“ Dies
ist eine Angelegenheit für die Polizei. Aber vielleicht kann
sie sie selber beschließen. Erst wird ich einmal sehen, ob dies
Papier überhaupt eingehend werden kann.“

Die nächste Wort erklärte den Scheck für gut.

„Wer hat ihn denn unterschrieben?“

„Es ist die Unterschrift eines englischen Magnaten,
des Duke of Goyte.“

Duke of Goyte? Das war doch ein Bekannter seines
Vaters.“

„Der, der meiner Kusine den Scheck zustellen ließ, be-
hauptete, ein Herzog von Arles zu sein“, machte er kleinlaut.
Der Duke of Goyte wird den Scheck für den Herrn, den
Sie erwähnen, ausgefertigt haben. Irren meine Schuld
damit bezichtigt haben. Irren meine Schuld
damit bezichtigt haben. Irren meine Schuld
damit bezichtigt haben.“

„Wichtig - ja.“ Reginald beachtete erst jetzt, daß der
Scheck ja gar nicht auf den Namen Brigittes ausgestellt sei,
sondern auf einen anderen, gleichgültigen.“

„Sie wünschen die Summe abzuholen?“ fragte der
Beamte.

Reginald Windermere schüttelte den Kopf.

Zögernd fragte er: „Sie kennen den Herzog von
Arles?“

Der Beamte verneinte lächelnd.

„Untere Wand macht keine Geschichte mit ihm - der Duke
of Goyte dagegen hat hier ein Konto.“

Der hat mit dieser iohansen Sache nichts zu tun, dachte
Reginald und verabschiedete sich höflich.

Unterdessen hatte Brigitte dem Geranten des Hotels
embörte Vorhaltungen gemacht. Die Sache wurde unter-

sucht, ohne daß etwas Erhebliches dabei herauskam. Frei-
lich erfuhr das junge Mädchen, daß der Herr, der ihr am
geirigen Abend das Kaufangebot gemacht habe, ein Gast
des Hotels gewesen sei, daß er heute morgen ziemlich früh
- kurz nachdem Mademoiselle das Hotel verlassen habe -
abgereist sei. Auch das Zimmermädchen wußte von nichts,
nur ein vertrautes Mädchen um ihren Mund hätte großen
Menschenkenntern gewisse Beziehungen zwischen ihr und
dem „Sekretär des Herzogs von Arles“ verraten können,
die vielleicht auch erlaubt hätten, weitere Schritte zu ziehen.
Aber Menschenkenntner und Polizisten sind nie da, wenn
man sie braucht. Und der Hotelier - besetzt um den Ruf
seines Vorgesetzten - beschwor die junge Dame, aus der An-
gelegenheit nichts zu machen, zumal das Verdrückung doch
nicht abhandeln gekommen sei.

„Ich lasse es überhaupt nicht mehr vom Halse!“ gelobte
sich Brigitte, und handelte nach diesem Entschluß.

Emil Windermere hatte ihren Söhnen und Brigitte
nach Marseille die Nachricht geschickt, daß sie zurückkommen
mühten. Die kleinen Mädchen seien gesund - die An-
stellungsgelehrer vorüber. Acht Tage nach Ostern erwarb sie
den Lord aus London und - nach einem kürzeren Aufent-
halt mit ihm in Nizza - gebete man, einen höher-
gelegenen Ort in den Alpen der Provence anzufahren.
Brigitte - hoffte die Lady - werde mit ihnen gehen.
Man wolle doch endlich etwas voneinander haben. Sie,
Emil, freute sich sehr auf das Zusammensein nach drei
Wochen der eifrigsten Krankenpflege.

Man beschloß, gleich morgen früh, am zweiten Oster-
tage, aufzubrechen und nach einem kurzen Aufenthalt in
Loulon etwa Dienstagabend wieder in Nizza zu sein.
Marseille war ihnen alles verdrückt.

„Einen Bummel durch die alte Hafenstadt machen wir
aber noch“, entschied Reginald. „Gitta, du kommst doch
mit - nicht wahr?“

„Aber Wilfer muß uns begleiten. Mir ist unheimlich
zuminde wegen dieser dummen Sache. Ich habe mir ein
anderes Zimmer geben lassen. Somit schließ ich - weiß der
Himmel - keine Minute heute nach.“

Sie zog ein dunkles Mäntelchen über und prüfte den
Verdrückung der Kette, an der das Medaillon hing. Ar nicht
verlieren, sagte sie sich. Ein leichtes Gefühl der Unsicher-
heit wollte nicht von ihr weichen, aber jugendlichen Un-
bestimmtheit zum Trotz. Bald - tröstete sie sich - bin ich
bei Emil.“

Wilfer, respektvoll immer einige Schritte hinterher
gehend, ließ seine junge Verdrückung nicht aus den Augen.
Das Gedränge und Getriebe in den engen Straßen war
atemberaubend. Die Gemäße und Zuchthaus, nicht nur
am Hande, nein, manchmal sogar in der Mitte der Straße,
hüben die den Verkehr ebenso wie sie ihn einerseits
an z o a e n. Buntrotte Volk aus dem Süden kaupte, feischige,
suchte aus, verwar, wußte mit dem Temperament und der
Eingabe des Meridionalen. Fragwürdige Gestalten oder
Arten haben dem Ganzen einen fast abenteuerlichen Anstrich.
Verwundene Matrosen machte der kleine Zug jedesmal
respektvoll Platz, und Wilfer prüfte einige Male mit ein
paar heimlichen Griffen die Spannkraft seiner Brust; er
sahnte sich für die jungen Herrschaften verant-
wortlich.

„Gitta, sieh bloß, ein ganzer Tisch voll Ananas!“
stimmte der immer schlingende Walter der Kusine zu.
„Wollen wir uns ein kaufen?“

„Reinnetten!“ lachte Brigitte, die das bunte Bild um
sich mit Interesse betrachtete. Die Jungen traten an den
Stand und suchten aus - wußte - einen Augenblick sein
Bücheramerat bergend - schickte nach einem Tuzen, der
Leppiche und Verdrückungen zum Verkauf anbot. So eine
Schmirle wollte er der Wilfers Wilfer mitbringen, wenn es
endlich einmal wieder heimgang, nach England, wo es,
Trotz Nebel und Regen, immer noch am schönsten war.

Ein heller Aufbruch Brigittes rief ihn aus seinen
Träumen zurück; ein paar andere Schritte mühten sich
stehendenläng demhüben, das Gedränge um Goyte ver-
weichte sich noch um ein wenig. Aber niemand hielt oder
hinderete auch nur ernstlich das bunte, fischig gefärbte
Männchen, das in der Menge unterzutandem verdrückte.

Nebraer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Ercheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit der illustrierten Wochenbeilage: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Stammeteil 30 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Sparverein Altrern.

№ 66

Donnerstag, den 2. Juni 1932.

45. Jahrgang

v. Papen beauftragt

Berlin, 1. Juni.
Der Herr Reichspräsident hat den früheren Zentrumsvorsitzenden v. Papen mit der Bildung des Kabinetts der nationalen Konzentration beauftragt.
Herr v. Papen wurde am 29. Oktober 1879 in Wehl in Westfalen geboren und schlug die Offizierslaufbahn ein. Nach dem Krieg nahm er seinen Abschied und wurde 1921 im Wahlkreis Westfalen-Nord in den Reichstagen Landtag gewählt, wo er zum rechten Flügel des Zentrums gehörte. Von Papen ist Ausschichtungsleiter des Zentrumsvorgangs „Germania“.
Die vorausgesetzliche Ministerliste.
Herr von Papen beschäftigt die einzelnen Ministerien wie folgt zu bezeichnen:
Inneres: Freisler von Gahl.
Außen: Wolfshofer von Neurath.
Reichswehr: General von Schleicher.
Wirtschaft: Professor Warmbold.
Justiz: Doht.
Finanz: Schmidt (Allianz).
Arbeit: Dr. Goebel.
Landwirtschaft: von Linand.
Post: Schögel.
Von Papen wird im Laufe des heutigen Tages die Herren empfangen und die Frage an sie richten, ob sie zur Übernahme der Ministerien bereit sind. Inbezug auf das Reichsministerium der Justiz ist das Kabinett werden sämtlich fertig gestellt. Die Bildung der Nationalsozialisten ist noch unklar, man nimmt aber an, daß sie es bis zur Neuwahl tolerieren werden.

Die Haltung der Parteien

Abschluß der Empfänge beim Reichspräsidenten.
Die Haltung der Nationalsozialisten gegenüber dem kommenden Kabinett auf der vom Reichspräsidenten angeforderten Grundlage kann dahin gekennzeichnet werden, daß die Partei an der geplanten Neubildung uninteressiert ist. Das nationalsozialistische Ziel liegt nach wie vor möglichst baldige Neuwahlen im Reich.
Die Nationalsozialisten mühen aber je nach dem, wie die Regierungsbildung ausfällt, das neue Kabinett unter Umständen vorläufig tolerieren.
Die Haltung des Zentrums ist nach dem Ausschicken Brünings, der sich an der Neubildung des Kabinetts auf keinen Fall beteiligen wird, zwar nicht direkt absehbar; es will keine Haltung von der Berlin des Kanzlers abhängig machen.
Die Möglichkeit von baldigen Neuwahlen rückt bei dieser Haltung der Parteien aber stärker in den Vordergrund.
Auch die Deutschnationalen dürften ihre Haltung von der Berlin des kommenden Kanzlers abhängig machen. Die kleineren rechtsorientierten Mittelparteien, soweit ihre Führer bisher vom Reichspräsidenten empfangen worden sind, dürften der geplanten Neubildung loyal gegenüberstehen.

Die Forderungen der NSDAP.

Am „Bäitlichen Beobachter“ erklärt Alfred Rosenberg, der Nationalsozialismus werde sich mit größtem Ernst auf seine große Sendung vorbereiten und ohne Kleinlichkeit die besten Kräfte heranziehen, um sie der deutschen Zukunft dienlich zu machen. Er werde auch heute, da Brünning gefallen ist, diesen nicht ohne Not demütigen wollen.
Die Lösung aber heißt heute mehr denn je: Alle Macht Adolf Hitler!

In der nationalsozialistischen Parteikorrespondenz schreibt Dr. Goebbels: „Eine halbe Übung kommt nicht mehr in Frage. Der Reichspräsident muß auf dem höchsten parlamentarischen Wege zu einer Neubildung des Kabinetts kommen. Das kann nichts anderes bedeuten, als daß die nationale Opposition, geführt durch Adolf Hitler, und die nationale Bewegung, die Dinge entscheidend bestimmt. Ein Kabinett des besonderen Vertrauens hätte vorerst keine anderen Aufgaben, als den Reichstag nach heute zu schließen. Neuwahlen auszuschieben, die Organisations-, Agitations- und Demonstrationenfreiheit für die nationalsozialistische Bewegung wieder herzustellen.“

Erst wenn die Notverordnungen, die eine freie Meinungsbildung in Deutschland bisher verhinderten, gefallen sind, wird der Wille des Volkes ungehemmt und eindeutig zum Ausdruck kommen können. Die absolute Mehrheit für Hitler und seine Partei ist unser Ziel.

Der Blickpunkt der Welt

Echo des Regierungswechsels in Deutschland.
Bonn.
Neberinstimmend weisen sämtliche Blätter darauf hin, daß mit einer fast nach rechts gerichteten Regierung, in Deutschland für die Zukunft zu rechnen ist, und werfen hierbei die Frage auf, welchen Einfluß der nationalsozialistische Bewegung in der künftigen Regierung eingebracht werden wird. Die Frage nach der Auflösung des Reichstags wird allgemein gestellt.

Moskau.

Der Sturz des Kabinetts Brünning hat in Moskau großen Eindruck gemacht. Man verfolgt die Entwicklung der innerpolitischen Lage in Deutschland mit großem Interesse. Es wird betont, daß Deutschland nur einer Schicksalswende stehe. Das Kabinett sei von der aufsteigenden nationalsozialistischen Welle gestürzt worden und werde von einem Kabinett abgelöst, das aus nationalsozialistischen Elementen bestehen werde.

Warschau.

Die Warschauer Presse, soweit sie zum Rücktritt des Reichskabinetts schon Stellung nimmt, ist beinahe ausschließlich der Meinung, daß der Rücktritt nicht allein aus innerpolitischen Gründen erfolgt sei, sondern daß in weit höherem Maße außenpolitische Erwägungen den Rücktritt des Reichskabinetts veranlaßt hätten. Man neigt daher in der polnischen Presse allgemein der Ansicht zu, daß eine Rechtsregierung in Anmarsch ist, die vor allen Dingen in außenpolitischen Dingen einen radikalen und tatkräftigen Kurs im Sinne der Nationalsozialisten einschlagen dürfte.

Budapest.

Die meisten Blätter bezeichnen den Regierungswechsel in Deutschland als Folge der für die Nationalsozialisten günstigen Parteistimmung. „Pesti Naplo“ stellt die Sache so dar, daß mit Brünning der Fort der bürgerlichen Gesellschaft gelangt ist. Ob der Hitlerismus hundertprozentig zur Geltung komme, sei fraglich. Jedenfalls werde er, wenn er auch nur teilweise zur Macht gelange, die Innen- und Außenpolitik wesentlich beeinflussen.

Stockholm.

Der Rücktritt der Regierung Brünning hat in Schweden großes Aufsehen erregt, obwohl man diese Entwicklung erwartet hatte. Sämtliche Stockholmer Zeitungen beschäftigen sich in ausführlichen Telegrammen ihrer Berliner Vertreter und in Leitartikeln mit der neuen Lage, wobei sie hervorheben, daß zum ersten Male eine Regierungsbildung durch mangelnde Uebereinstimmung zwischen Reichspräsident und Reichskabinett hervorgerufen ist.

London.

Der Rücktritt Brünings steht im Mittelpunkt der Londoner Presseberichterstattungen. Man glaubt, daß mächtigere Personen als Hitler und mächtigere Kräfte als die Nationalsozialisten am Werke waren, um den Fall Brünings herbeizuführen. Es ist möglich, daß namentlich die Forderung nach einer Revision des Versailler Vertrages erhoben wurde. Man könne unter den jetzigen Umständen daher kaum viel von Lausanne erwarten. Man föhne sich des Gedrucks nicht erwehren, daß das Gefühl des Nationalismus, welches jetzt in Deutschland herrscht, unmissverständlich auch in den anderen Teilen Europas verläuft werde.

New York.

Während die „Times“ den Rücktritt Brünings in einem langen Artikel bespricht, der sich gegen Angriffe enthält, vertritt die republikanische Zeitung „Herald Tribune“ die Auffassung, daß die innerpolitische Lage Deutschlands ein Kompromiß zwischen den bisherigen Regierungsparteien und Hitler oder Hugenberg nicht zulasse. Das Blatt glaubt, daß eine Reaktion der Reichsparteien zulaufelkomme, der möglicherweise auch der rechte Flügel des Zentrums angehören werde. Weiterhin macht das Blatt dem Reichspräsidenten zum Vorwurf, daß er den Ratschlägen rechtsstehender Elemente Gehör löhente, und meint, die Entscheidung Hindenburgs entspreche nicht dem Willen der Mehrheit des Volkes.

Die Sitzung des Reichstages

Der Aelterlenrat des Reichstages hat beschlossen, dem Reichstagspräsidenten die Vollmacht zu erteilen, den Reichstag sofort telegraphisch einzuberufen, sobald die Bildung der neuen Regierung abgeschlossen ist und das neue Kabinett seine Bereitschaft zur Abgabe einer Regierungserklärung beudet.

Sollte sich die Abgabe der Regierungserklärung länger hinausziehen, kann eine neue Einberufung des Aelterlenrats in Aussicht genommen.

Die Wahlen in Oldenburg

Dnat. 15 629 (12 629), Soj. 50 987 (54 878), Soj. Arbeiterp. 1464 (224), Komm. 15 550 (18 935), Nat. B. (Volkspartei) und Wirtschaftsp.) 2908 (15 012), Gesamt. 6213 (8513), Landd. 5987 (5405), Nat.-Soj. 131 525 (87 778), Ztr. 42 114 (46 192).

Absolute Mehrheit der NSDAP

Die Zusammenlegung des neuemgewählten Oldenburger Landtags wird auf Grund der amtlichen Errechnung folgende sein:

Dnat. 2 (2), Soj. 9 (11), Soj. Arbeiterp. — (—), Komm. 2 (3), Nat. Bg. — (2), Staatsp. 1 (1), Landd. 1 (1), Nat.-Soj. 24 (19), Ztr. 7 (9), zusammen 46 (48) Mandate.
Die Herabsetzung der Mandatszahl von 48 auf 46 hängt mit dem veränderten Wahlteiler zusammen, der sich aus der Wahlbeteiligung ergibt.

Das Verhältnis der Parteien

Die Nationalsozialisten haben gegenüber dem Vorjahr durchweg gewonnen. Die Deutschnationalen haben ebenfalls

ihre Stimmzahl erhöhen können, während die Nationale Vereinigung (Volkspartei und Wirtschaftspartei), wie im voraus angenommen, einen vollen Zulammenbruch erlitten hat. Das Zentrum hat in Oldenburg einige Verluste erlitten. Dieser Vergleich bezieht sich jedoch nur auf die vorjährige Landtagswahl. Anders liegt es beim Vergleich mit den diesjährigen Großwahlen. Bei der Wahl am 13. März 1932 (1. Wahltag der Präsidentschaftswahl) hatten die Deutschnationalen 27 959, die Nationalsozialisten 122 186 Stimmen, 149 585 Stimmen also insgesamt, gegen jetzt 147 154. Die Nationalsozialisten erzielten beim zweiten Wahltag am 10. April 140 721 Stimmen gegen jetzt 131 525.

Sozialistische Bedingungen

für die Mitarbeit in der französischen Regierung.
Paris, 1. Juni.
In einem Vorschlag Leon Blums auf dem französischen Sozialistengreß heißt es, daß es der sozialistischen Partei bei dem Ernst der äußeren und inneren Lage nicht möglich sei, die Angebote einer Mitarbeit an der Regierung, die inneren von radikalsozialistischen Parteien gemacht würden, grundsätzlich abzulehnen. Die Zulammenarbeit in der Regierung mit anderen Parteien mache aber ein Programm notwendig, auf das sie sich gemeinsam verpflichten. Die wichtigsten Punkte des Programms sind:
Starke Abträge in den Militärausgaben, und zwar so schnell, wie es die französischen Vorschläge in Genf festlegen. — Verstaatlichung der Wasserversorgung und des Eisenbahns.
Schnel des Spars und Kontrolle der Banken.
Verstaatlichung der Eisenbahnen und der Versicherungen.
Am Schluß lautet die Entschlußfassung: „Der Kongreß ist bereit, wenn die radikale Partei den Wunsch zum Ausdruck bringt, Beauftragte zu ernennen, das Programm vorzulegen und dem Kongreß die Antwort zu überbringen. Diese Antwort wird maßgebend sein für die Antwort der sozialistischen Partei auf das Angebot, das sich ergibt wird.“

Deutsche Tageschau

Eine Klage Südens gegen das Reich.
Der sächsische Staat hat jetzt Klage gegen das Reich erhoben, um die Zahlung von 22,3 Millionen RM. Zinsen zu erreichen, die dem freitragten Sachsen auf die Wbindung aus der Lieberführung der Eisenbahnen zufließen. Da das Reich die Zinsen nicht zahlen will, hat Sachsen die Klage erhoben. Die Summe ist plan eingelegt.

colorchecker CLASSIC
xrite

bedürfnisse Niederländischer Bauten nach Niederlegung emmentalerne, die auf die 50 Meter Programm kommen durch, die Flugzeughalle im werden.

Die Gotthofen-Internationale nach Moskau übersiedelt.
Die Gotthofen-Internationale, die bisher ihren Sitz in Berlin hatte, und die durch die Notverordnung des Reichspräsidenten gezwungen worden war, ihre Büros in Deutschland zu schließen, ist jetzt nach Moskau übersiedelt. Die Gotthofen-Internationale will jedoch später ihren Sitz entweder nach Prag oder nach London verlegen, falls die Behörden dieser Länder keinen Einspruch dagegen erheben.

Generalstreik in Algerien.
Nach Meldungen aus Gibraltar ist in Algerien infolge Schließung des Büros der Syndikalistischen Generalstreik ausgerufen worden. Der Föhndienst zwischen Algerien und Gibraltar, sowie der gesamte von Algerien ausgehende Eisenbahnverkehr sind zum Stillstand gekommen. Das Volkteil mit, daß der Inlandspostdienst nicht arbeitet. Es sind Unruhen ausgebrochen.